17.06.1953 :
VOLKSAUFSTAND IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE

Am 16. Juni 1953 marschierten Maurer und Zimmerleute von der damals größten Baustelle der DDR an der Stalinallee zum Haus der Ministerien, um beim DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und dem SED-Generalsekretär Walter Ulbricht vor allem gegen die durch Beschluß des Zentralkomitees der SED vom 28. Mai um 10 % erhöhten Arbeitsnormen zu protestieren. Dem Protestzug schlossen sich weitere Bauarbeiter an und als der Zug von mehreren Tausend Menschen am Ministerium ankam, nutzte die vom Politbüro kurzfristig beschlossene Rücknahme der Normerhöhung nichts mehr, denn der Protest hatte bereits politische Dimensionen angenommen.

Die Nachricht von den Ereignissen in Berlin verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der gesamten sowjetischen Besatzungszone und am nächsten Vormittag, dem ***17. Juni 1953****, wurde in mehr als 270 Orten der DDR gestreikt und vor allem gegen das kommunistische System demonstriert. Insbesondere in den Großbetrieben ruhte die Arbeit und in Ost-Berlin stand der Verkehr teilweise still. Die Führung der DDR erwies sich als ohnmächtig und ließ sich gegenüber den Streikenden verleugnen. Der Sowjetische Stadtkommandant von Ost-Berlin verhängte daraufhin am 17. Juni gegen 13 Uhr den "Ausnahmezustand" über die Stadt und ließ seine Panzer auffahren. Der Streik wurde nun mit Gewalt unterdrückt.*

Während der Demonstrationen und in ihrer Folge fanden nachweislich 55 Menschen den Tod (weitere 17 Todesfälle sind ungeklärt). Etwa 5.000 Personen wurden verhaftet und vor Sowjetische oder DDR-Gerichte gestellt. Der Ausnahmezustand wurde erst am 11. Juli 1953 wieder aufgehoben.

Der Westen sah keine Möglichkeit, in die Ereignissen einzugreifen und den Aufständischen zu helfen. Er sah in dem Volksaufstand jedoch ein deutliches Zeichen für den Willen der Bevölkerung, das ihnen aufgezwungene politische System der DDR nicht zu billigen. In der Bundesrepublik wurde der 17. Juni daraufhin zum nationalen Feiertag erklärt.